

Änderungsanträge ÄA2.1 zum Antrag A.2 „Kriterien für Kandidaturen und Umgang mit Personal“

Einreicher: Sven Kindervater

ÄA2.1a)

Der Parteitag möge beschließen:

Der folgende Satz wird **ersatzlos gestrichen**:

„Der Landesparteitag empfiehlt den Kreisverbänden, in Vorbereitung der Kommunalwahlen ähnliche Gremien zu bilden.“

Begründung:

Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung von qualitativ wie quantitativ guten Kommunalwahllisten sind vielfältig und dabei sind vor allem die vorhandenen Kräfte vor Ort zu berücksichtigen. Die Kreisverbände der LINKEN Brandenburg konnten bis jetzt stets im Rahmen ihrer Möglichkeiten gute Wahlergebnisse sichern. Welcher Weg das garantierte, wurde vor Ort festgelegt, nicht selten aufgrund jahrzehntelanger Erfahrung. Von diesem Weg sollte nicht abgewichen werden.

ÄA2.1b)

Der Parteitag möge beschließen:

Folgender Satz wird gestrichen:

„Wir erwarten von den Kandidatinnen und Kandidaten auf allen Ebenen“

Er wird ersetzt durch:

„Wir bitten unsere Mitglieder bei der Wahl unserer Kandidatinnen und Kandidaten auf folgende Eigenschaften gesondert zu achten:“

Begründung:

Die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten erfolgt in freien, gleichen und geheimen Wahlen. Die Beweggründe eine Kandidatin oder Kandidaten zu unterstützen können dabei vielfältiger Natur sein. Der Landesparteitag kann dabei durchaus die eigenen Mitglieder bitten, für ihn besonders wichtige Eigenschaften zu achten. Verordnen kann ein Beschluss aber nichts.

ÄA2.1c)

Der Parteitag möge beschließen:

Der folgende Anstrich wird **ersatzlos gestrichen**:

„den Wahlkampf in enger Abstimmung mit dem Landeswahlbüro und den Wahlteams vor Ort zu führen“

Begründung:

Wie Wahlkämpfe vor Ort gewonnen werden können, wissen unsere Mitglieder vor Ort am besten. Bisherige Wahlergebnisse geben keinen Grund zur Annahme, dass von diesem Weg abgewichen werden sollte. Es muss eine Stärke der LINKEN sein, dass sich unsere Mitglieder auf jeder Ebene und gerade beim Kommunalwahlkampf auch an den Methoden und Materialien beteiligen können. Die bisherige Praxis, dass die Kreisebene nur Dinge im Sinne (und damit auch im Layout) der Partei finanziert, reicht als Einschränkung aus. Der Partei schadende oder den Beschlüssen entgegenstehende Materialien sind weder bekannt, noch zu befürchten. Den Wahlkampf nun weitestgehend zentral zu organisieren, ist unnötig.

ÄA2.1d)

Der Parteitag möge beschließen:

Der folgende Anstrich wird **ersatzlos gestrichen**:

„Solidarität und Rückhalt“

Begründung:

Natürlich haben alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten unsere volle Solidarität und unseren Rückhalt. Indem man es aber extra aufschreibt, wird der Eindruck erzeugt, dass dies gesondert betont werden muss.

ÄA2.1e)

Der Parteitag möge beschließen:

Folgender Satz wird gestrichen:

„Wir erwarten von unseren Mitgliedern in Kommunalparlamenten und Kreistagen und von unseren Abgeordneten im Land- und Bundestag“

Er wird ersetzt durch:

„Wir bitten unsere Mitglieder in den Kommunalparlamenten, den Kreistagen und die Abgeordneten im Land- und Bundestag um:“

Begründung:

Die Ausübung des Mandats ist frei. Dieser demokratische Grundsatz sollte nicht in Frage gestellt werden. Verhaltensweisen kann und sollte man nicht erwarten, man kann lediglich drum bitten. Auf diesem Verständnis sollte das Miteinander der LINKEN aufgebaut sein.

ÄA2.1f)

Der Parteitag möge beschließen:

Folgender Anstrich wird gestrichen:

„eine ausgeprägte Basisverbundenheit“

Er wird ersetzt durch:

„eine aktive Teilnahme an den Aktivitäten und Versammlungen der Basisstrukturen“

Begründung:

Das Wort „Basisverbundenheit“ ist unklar. Uns sollte es darum gehen, dass unsere Parlamentsarbeit und unsere Parteiaktivitäten nicht parallel nebeneinander existieren. Auch sollten unsere Gewählten nicht nur zu Versammlungen kommen, sondern auch die Aktivitäten wie Straßenaktionen aktiv unterstützen. Der Anstrich „sich aktiv in die Arbeit der Partei [...]“ bezieht sich nicht konkret auf die Arbeit der Basisstrukturen und wirkt somit ergänzend.

ÄA2.1g)

Der Parteitag möge beschließen:

Folgender Anstrich wird gestrichen:

„Von den Abgeordneten im Land- und Bundestag erwarten wir zudem:“

Er wird ersetzt durch:

„Unsere Abgeordneten im Land- und Bundestag bitten wir darüber hinaus um:“

Begründung:

Zunächst muss klargestellt werden, dass wir an dieser Stelle erneut die Abgeordneten der LINKEN meinen. Des Weiteren muss auch hier gelten, dass nur um etwas gebeten werden kann. Sollten unsere Mitglieder Unmut über den Praxen unserer Abgeordneten äußern, sind

diese transparent zu machen und im Einzelfall zu klären. Der Druck, nicht wiedergewählt zu werden, besteht ohnehin.

ÄA2.1h)

Der Parteitag möge beschließen:

Folgender Anstrich wird gestrichen:

„eine existenzsichernde Bezahlung ihrer Beschäftigten“

Er wird ersetzt durch:

„einen Lohn ihrer Beschäftigten von mindestens 10€ pro Stunde und von mindestens 12€ pro Stunde bis 2017“

Begründung:

Was aus Sicht der LINKEN existenzsichernd ist, wurde im Bundestagswahlprogramm klar definiert. Dahinter sollte auch unsere Bitte in diesem Antrag nicht zurückfallen.

ÄA2.1i)

Der Parteitag möge beschließen:

Nach „eine existenzsichernde Bezahlung ihrer Beschäftigten“ bzw. dem ÄA2.8 wenn beschlossen wird ergänzt:

„die Prüfung von notwendigen Maßnahmen zur gleichwertigen Bezahlung von Abgeordneten und Beschäftigten und bis zum Ende der jeweiligen Legislatur Erprobung selbiger“

Begründung:

Gregor Gysi betonte im Wahlkampf immer wieder, dass es mittlerweile nicht nur um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sondern gleichwertigen Lohn für gleichwertige Arbeit gehen muss. Ob Abgeordnete oder Beschäftigte: Niemand kann ohne die jeweils anderen. Ein gutes Büro besteht aus einer funktionierenden Mannschaft. Die Forderungen also nach gleicher Bezahlung, auch „equal pay“ genannt, sollte auch Einzug in die LINKE-Parlamentspraxis erhalten. Dabei sind die Töpfe, aus denen die verschiedenen Gehälter gezahlt werden und auch Steuern abgeführt werden, zur Zeit sehr komplex – equal pay einfach nur zu wollen, ist derzeit nicht möglich. Welche Maßnahmen dazu nötig sind, sollte geprüft werden. Bis zum Ende der jeweiligen Legislatur sollten diese dann erprobt werden.

ÄA2.1j)

Der Parteitag möge beschließen:

Folgender Anstrich wird gestrichen:

„ihre Nebentätigkeiten und Einkünfte vollständig transparent zu machen“

Er wird ersetzt durch:

„den Verzicht von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften und dies auch transparent zu machen“

Begründung:

Die Wahrnehmung eines Mandats umfasst zum einen ausreichend Zeit und wird zum anderen ausreichend vergütet.

ÄA2.1k)

Der Parteitag möge beschließen:

Nach „ihre Nebentätigkeiten und Einkünfte vollständig transparent zu machen“ bzw. dem ÄA2.10 wenn beschlossen wird ergänzt:

„die Offenlegung sämtlicher Einkünfte und Spenden bis auf zwei Stellen nach dem Komma und dies im Internet und ihren Büros sichtbar zu machen“

Begründung:

Zu transparenter Politik und einem vertrauensvollen Verhältnis zu den Wählerinnen und Wählern gehört auch die Transparenz der finanziellen Lage. Einige Abgeordnete der LINKEN üben die völlige Offenheit ihre Einkünfte und Spenden bereits aus. Darum sollte mit diesem Antrag nun bei allen gebeten werden.

ÄA2.1l)

Der Parteitag möge beschließen:

Der folgende Anstrich wird **ersatzlos gestrichen**:

„im Falle der Ernennung als Ministerin oder Minister auf ein Abgeordnetenmandat auf der gleichen Ebene zu verzichten“

Begründung:

Die Ausübung des Mandates ist frei. Daran kann auch ein Beschluss des Landesparteitags nichts ändern. Selbst wenn ein Beschluss erfolgen würde, bliebe er folgenlos. Der Wunsch, dass Amt und Mandat getrennt wird, sollte allen Beteiligten klar sein und sollte etwaigen Personen auch vor der Wahrnehmung eines Ministeramtes deutlich gemacht werden. Dazu ist die bisherige Beschlusslage ausreichend.

ÄA2.1m)

Der Parteitag möge beschließen:

Nach „im Falle der Ernennung als Ministerin oder Minister auf ein Abgeordnetenmandat auf der gleichen Ebene zu verzichten“ bzw. dem ÄA1 1 wenn beschlossen wird ergänzt:

„Sollten Mandatstragende nach der Wahl in ihrer Ausübung der Mandate von diesen Bitten abweichen, ist von den gewählten Verantwortlichen der Partei vor Ort das Gespräch mit den Mandatstragenden zu suchen. Es gilt individuell die Probleme zu erörtern und gemeinsam im Dialog zu lösen. Ziel sollte sein, dass den Bitten wieder nachgekommen oder die Problemlage den Mitgliedern nachvollziehbar und dennoch die Privatsphäre achtend dargelegt wird.“

Begründung:

Mit einem Papier, welches das alles per Unterschrift einfordert, ohne Konsequenzen, die es ja auch gar nicht haben kann und welches mehr unterstellt als klärt, kann es nicht gehen. Die Lösung von Problemen liegt schlichtweg in der Erörterung der individuellen Lage. Wenn man „gemeinsam Politik“ machen will, kann es eben nicht nur um „Politik“ gehen, sondern es muss auch um das „gemeinsam“ gehen. Der Schlüssel liegt darin, auf ein Miteinander des Verständnisses zu setzen.

ÄA2.1n)

Der Parteitag möge beschließen:

Der folgende Absatz wird **ersatzlos gestrichen**:

„Mit den Bewerberinnen und Bewerbern für Kandidaturen auf den Listen bzw. als Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl 2014 werden schriftliche Vereinbarungen über ihre Bereitschaft getroffen, die genannten Kriterien anzuerkennen und zu erfüllen sowie Mandatsträgerbeiträge gemäß der Satzung der Partei nach den unter Beteiligung der Landtagsfraktion gefassten Beschlüssen des Landesvorstands zu treffenden Vereinbarungen zu entrichten.“

Begründung:

Auf sämtliche Mittel, mit Druck die Bitten des Parteitags Realität werden zu lassen, ist zu verzichten. Alles hat Gründe. Wir werden nicht dran vorbeikommen, diese zu ergründen. Vielmehr: Die Abkürzung, die Gründe einfach zu überspringen und gleich zu urteilen, ist ein fataler Irrweg. Er produziert keine gemeinsame Handlungsbasis, sondern Unverständnis, Frust und Isolation. Wenn sich einer aufregt, hat das einen Motor. Wenn jemand keine Öffentlichkeitsarbeit leistet, hat das einen Hintergrund. Wenn jemand von Beschlüssen abweicht, lässt sich das begründen. Und zwar nicht durch uns, sondern nur durch die Person selbst. Fragend müssen wir voranschreiten, nicht urteilend. Am Ende geht es schlichtweg um Motivation. Motivation, sich für mehr als nur sich selbst einzusetzen. Motivation kann man aber nicht beschließen, man kann sie nur befördern. Am Ende kann man niemanden ändern außer sich selbst. Mit gutem Beispiel voran. Unsere Lösung kann nur im Diskurs bestehen.

ÄA2.1o)

Der Parteitag möge beschließen:

Der folgende Absatz wird **ersatzlos gestrichen**:

„Den Kreisverbänden wird empfohlen, mit den Bewerberinnen und Bewerbern für die Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen ebenfalls Vereinbarungen im Sinne dieses Beschlusses abzuschließen.“

Begründung:

JedeR, welcheR bei uns im Ort gute linke Politik machen will, kann mitunter zu Bundes- oder Landesthemen eine abweichende Meinung haben. Das ist auch ok. Was wir wirklich brauchen, ist eine attraktive Struktur, die so viele Interessierte zu uns einlädt, dass wir ruhigen Gewissens die fähigsten und vielversprechendsten Akteurinnen und Akteure zu Mandatstragenden machen können. Denn: Wir haben nicht zu viele Abweichler, wir haben zu wenig Auswahl. Ebenso gelten für die Kommunalebene besondere Spielregeln, da diese Ebene fast ausschließlich ehrenamtlich ausgeübt wird. Vieles, um was wir Mandatstragende bitten können, kann dort nicht in der von uns erwarteten Breite ausgeübt werden. Eine Grundschuldirektorin mit LINKEN-Mandat hat mitunter nicht die Zeit für Öffentlichkeitsarbeit oder Schulungen, ein Tierarzt kann mitunter nicht jede Sitzung wahrnehmen. Diese Probleme lösen wir aber nicht mit Beschlüssen. Des Weiteren gilt wie in ÄA2.1: Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung von qualitativ wie quantitativ guten Kommunalwahllisten sind vielfältig und dabei sind vor allem die vorhandenen Kräfte vor Ort zu berücksichtigen. Die Kreisverbände der LINKEN Brandenburg konnten bis jetzt stets im Rahmen ihrer Möglichkeiten gute Wahlergebnisse sichern. Welcher Weg das garantierte, wurde vor Ort festgelegt, nicht selten aufgrund jahrzehntelanger Erfahrung. Von diesem Weg sollte nicht abgewichen werden.